



An die
Parlamentsdirektion
via Email
begutachtungsverfahren@parlament.gv.

Stellungnahme der
FRAKTION SOZIALDEMOKRATISCHER GEWERKSCHAFTER
in der AHS-Gewerkschaft
zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

In offener Frist sendet die FSG-AHS folgende Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf eines künftigen Lehrerdienstrechts.

Bevor wir aber detaillierter auf die **Schwächen**, ja **Zumutungen** dieses Entwurfs eingehen, möchten wir unser Unverständnis darüber zum Ausdruck bringen, dass wider gute sozialpartnerschaftliche Tradition hier ein Entwurf in Begutachtung geschickt wurde, über den **keine Übereinkunft mit der zuständigen Gewerkschaft** erzielt wurde. Das widerspricht guten sozialpartnerschaftlichen Gepflogenheiten, wo stets mitbedacht wurde, dass ein solches Dienstrecht Charaktermerkmale eines Kollektivvertrags beinhaltet – und Kollektivverträge aus guten Gründen in Österreich einvernehmlich zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt werden.

Dass die zuständigen Lehrgewerkschaften dem vorliegenden Entwurf keine Zustimmung erteilen konnten, ist für uns sozialdemokratische GewerkschafterInnen an Allgemeinbildenden Höheren Schulen nur allzu verständlich:

- Es ist nirgendwo erkennbar, in welcher Form die Qualität des österreichischen Schulwesens durch diesen Entwurf verbessert werden könnte.
- Österreichs Schülerinnen und Schüler haben durch diesen Entwurf keinerlei Verbesserung in punkto Unterricht oder Betreuung zu erwarten. Sie bekommen weder mehr Unterrichtszeit noch bessere Betreuung. Ihre Lehrkräfte werden nur müder und erschöpfter sein, weil sie deutlich mehr Klassen als bisher unterrichten werden müssen.
- Für LehrerInnen im AHS-Bereich bräuchte dieser Entwurf eine immense Erhöhung der Arbeitszeit. Rund 40 % müssten die jungen KollegInnen künftig mehr unterrichten, an Abendschulen bis über 80 %. In Anbetracht der Tatsache, dass an den AHS schon derzeit rund ein Drittel der LehrerInnen Teilzeit arbeiten, da sie sich nicht imstande sehen, eine volle Lehrverpflichtung so zu erfüllen, dass sie ihren eigenen Qualitätsstandards genügen, kann eine derart massive Erhöhung der Lehrverpflichtung nur zu massiver Überforderung führen.
- Von den bei einer eventuellen Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung in Aussicht gestellten Supportkräften ist außer vagen Ankündigungen für ferne Zeiten nichts übergeblieben: Uns

fehlen jetzt schon rund 13.000 Supportkräfte, also SchulpsychologInnen, PsychagogInnen, SozialarbeiterInnen, LegasthietrainerInnen, Schulkrankenschwestern, Nachhilfe-, Stütz- und BegleitlehrerInnen ebenso wie SekretärInnen und Verwaltungskräfte, um nur den Durchschnitt der OECD-Länder zu erreichen. Um mit gut ausgestatteten (und funktionierenden) Schulwesen wie dem Finnlands mithalten zu können, müssten 23.000 Personen unsere Lehrkräfte unterstützen. Die gibt es nicht, die wird es auch nicht geben. Dass man stattdessen die Lehrerschaft schlicht mit deutlicher, unbezahlter Mehrarbeit überfrachten möchte, halten wir für eine zynische Zumutung.

- Für die selbe Arbeitszeit müssten viele JunglehrerInnen an AHS künftig Gehaltseinbußen von rund 500.000 Euro in Kauf nehmen. Keine Gewerkschaft, die den Gewerkschaftsgedanken ernst nimmt, kann und darf einer solchen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zustimmen. Schon gar nicht eine sozialdemokratische.
- Gab Österreich im Jahr 1995 noch 4,3 Prozent des BIP für den Schulbereich aus, waren es im Jahr 2008 nur mehr 3,6 Prozent. Österreich ist damit ein Schlusslicht unter den führenden Industriestaaten. Ein solcherart unterdotiertes Bildungsbudget kann keine dringend erforderlichen Reformen finanzieren. Das durch Lohndumping und Zwangs-Mehrarbeit auf Kosten der jungen Lehrerinnen und Lehrer zu versuchen, lehnen wir absolut ab.
- Derzeit steigen die meisten AHS-Lehrkräfte mit einem II L-Vertrag in den Dienst ein und erhalten dort für eine volle Lehrverpflichtung 2444.- Euro, meist für die ersten 5 Jahre. Künftig sollen es 2420.- Euro sein. Eine „Anhebung der Anfangsbezüge“ stellen wir uns anders vor.
- Dieser Entwurf kann den Verlust von über 10.000 Arbeitskräften im österreichischen Schulwesen bedeuten. Im Sinne einer Vollbeschäftigungspolitik, die wir anstreben und für wichtig erachten, ist das in höchstem Maße kontraproduktiv.
- Wir halten es für wichtig, dass langfristig in Österreich ALLE LehrerInnen ALLER Schularten masterwertig ausgebildet sein sollen. Alle SchülerInnen Österreichs sollten künftig darauf vertrauen können, dass sie in jeder Unterrichtsstunde von Lehrkräften unterrichtet werden, die dieses Fach selbst studiert haben und einen vollakademischen Abschluss besitzen. Der vorliegende Entwurf lässt hier zu oft Hintertürchen offen.
- Masterwertige LehrerInnen müssen unseres Erachtens auch Anspruch auf jenen Gehalt haben, der bislang stets vollakademischen LehrerInnen zugestanden wurde. Das wäre u.E. eine Abgeltung gemäß des bisherigen L 1-Staffels. Dieser soll ALLEN LehrerInnen ALLER Schularten mit masterwertiger Ausbildung künftig zustehen.
- Die vorgesehene Induktionsphase kann in keiner Weise die Qualität der Betreuung der neueintretenden KollegInnen halten. Die vorgesehenen Mentoren werden oft keine einzige Unterrichtsstunde ihrer „Schützlinge“ verfolgen können, da sie selbst 23 Stunden zu unterrichten haben werden, die JunglehrerInnen selber unterrichten 22 Stunden. Hospitationen zum Kennenlernen unterschiedlicher Unterrichtsstile, wie derzeit im UPG gefordert, werden dann kaum mehr möglich sein. Ein sanfter Einstieg in unseren schönen, aber sehr komplexen Beruf sieht anders aus. In dieser Zeit auch noch ein Masterstudium abschließen zu sollen, wird viele JunglehrerInnen überfordern.

- Der Entwurf trägt deutliche Züge eines „All-inklusive“-Gehalts. Die Arbeiterkammer weist oft und nachdrücklich darauf hin, dass solche Verträge leicht zu Mogelpackungen werden können. Dutzende leistungsabhängige Zulagen werden hier einfach abgeschafft. Die Arbeit bleibt – die Bezahlung der geleisteten Arbeit bleibt aus.
- Dass künftig SchulleiterInnen nach 5 Jahren ohne Angabe von Gründen einfach wieder abberufen werden können, halten wir für demokratiepolitisch bedenklich. Eine oft beschworene „Ent-Parteipolitisierung“ der Schulen sähe wohl anders aus.
- Abgesehen von dem selbstverständlichen Solidaritätsgedanken, der von Gewerkschaften seit jeher hochgehalten wird und dem folgend wir auch diesen Entwurf quasi FÜR die LehrerInnen der Zukunft begutachten, ist festzuhalten: Der Entwurf betrifft mitnichten nur junge Leute, die noch nicht an unseren Schulen unterrichten oder gar noch die Wahl eines Lehramtsstudiums noch vor sich hätten, sondern auch viele derzeit schon unterrichtende JunglehrerInnen. Im Schnitt verbleiben junge LehrerInnen an den AHS 5 Jahre im II L-Status, erhalten also nur befristete Verträge für ein Jahr. Sonderverträge für jene Unterrichtende ohne abgeschlossene Lehramtsprüfung werden 10 Jahre lang nicht als unbefristete Verträge gelten. In beiden Fällen würden diese KollegInnen vom neuen Dienstrecht erfasst. Ein Optionsrecht bliebe in vielen Fällen schlicht totes Recht.
- Die erste und die letzte Ferienwoche gehören zu den mit Abstand beliebtesten Terminen für Fortbildungsveranstaltungen. Nach dem vorliegenden Entwurf wird das in vielen Fällen nicht mehr möglich sein, da der Entwurf die Anwesenheit der Lehrkraft an Schule oder Schulstandort verpflichtend macht.

Daneben weist der Entwurf noch vielerorts Schwächen, Unstimmigkeiten und vage Angaben auf, die eine sorgfältige Überarbeitung dringend geboten erscheinen lassen.

Zusammenfassend: Hier wird nicht eine Reform im Sinne einer qualitativen Verbesserung der österreichischen Schule, schon gar nicht der AHS, vorgelegt.

Dieses neue Dienstrecht macht nichts besser, es will nur sehr vieles sehr viel billiger machen. Denkende und rechnende JunglehrerInnen, die wir dringend brauchen, werden so nicht angelockt, sondern eher abgeschreckt. Der Abwanderung ins Ausland wird so nicht entgegengewirkt.

Einem so gewaltigen Sparpaket, wie es hier unsere künftigen Kolleginnen und Kollegen schultern sollen, können sozialdemokratische Gewerkschafter keine Zustimmung erteilen. Auch nach Dutzenden Verhandlungsrunden nicht.

Wir fordern ernsthafte Verhandlungen zu einem Dienstrecht, das unsere Schulen besser, nicht billiger machen kann.

Der vorgelegte Entwurf wird diesem Anspruch in keiner Weise gerecht.

Für die FSG-AHS: Mag. Michael Zahradnik, Vorsitzender

Mag. Hannes Aublinger, Mag. Helga Fabsits FSG-AHS Burgenland

Mag. Lieselotte Zill, FSG-AHS Kärnten

Mag. Adi Weilguny, Mag. Wolfgang Stranz FSG-AHS Niederösterreich

Mag. Heidi Petermichl, Mag. Sylvia Sango FSG-AHS Oberösterreich

Mag. Hermann Mittersakschmüller; FSG-AHS Salzburg

Mag. Helena Kahr, FSG-AHS Steiermark

Mag. Rainer Hofmann, FSG-AHS Tirol

Mag. Isabella Kaiser, FSG-AHS Wien <http://www.vcl-oe.at/>